



Kontrollposten der Kosaken nördlich von Stachanow

Republik ohne Volk

Ukraine In den Separatistengebieten herrscht Anarchie, örtliche Kommandeure haben die Macht an sich gerissen und kämpfen auf eigene Rechnung – wie in der Kosakenrepublik Stachanow.

Grau und trüb ist dieser Dezembermorgen, an dem 700 Kosaken in das Kulturhaus der Stadt Stachanow einrücken. Sie kommen von der Front, die Waffen schweigen heute, bislang jedenfalls, die Kriegsparteien haben einen „Tag der Stille“ ausgerufen. Sie lassen sich in ihren Felduniformen auf samtrote Sessel fallen, riechen nach Lagerfeuer, die Kalaschnikow klemmen sie zwischen die Knie.

Auf der Bühne steht ihr Kommandeur Pawel Drjomow. Der gelernte Maurer war

einst Unteroffizier der sowjetischen Armee. Jetzt nennt er sich „Generalmajor der Kosakennationalgarde des Allmächtigen Don-Heeres“ und verteilt Orden und Medaillen an seine Kämpfer. Kräftige Männer mit groben Gesichtern stehen vor ihm, früher haben sie in der Schwerindustrie und in den Bergwerken gearbeitet.

„Ich gratuliere euch zum Waffenstillstand“, ruft Drjomow. Seine Untergebenen brechen in schallendes Gelächter aus. „Wie viele dieser Waffenstillstände haben wir

schon erlebt?“, sagt der General. Und überhaupt, dieser sei ja in Luhansk ausgehandelt worden, der gelte gar nicht für sie, hier, in der Kosakenrepublik Stachanow.

Die Stadt liegt im Osten der Ukraine, 60 Kilometer westlich von Luhansk. So wie in der Nachbarprovinz Donezk haben die Separatisten im Frühjahr auch im Luhansker Gebiet eine „Volksrepublik“ ausgerufen und sich für unabhängig erklärt. Seither führen sie Krieg gegen Kiew, und Kiew führt Krieg gegen sie.

Stachanow war einst eine berühmte Stadt, benannt nach dem Hauer Alexej Stachanow, der hier 1935 einen Weltrekord aufstellte, als er in nur einer Schicht 102 Tonnen Kohle förderte und die Norm um das 13-fache übertraf. Stalin machte ihn zum sowjetischen Vorzeigarbeiter. Stachanow starb als einsamer Alkoholiker, doch das luxuriöse Kulturhaus, das ihm zu Ehren errichtet wurde, steht noch immer. Ansonsten ist die Stadt zu einem ungepflegten Provinznest verkommen. 92 000 Einwohner hatte Stachanow bis Kriegsbeginn, 70 000 von ihnen sind angeblich noch da.

Jetzt haben die Kosaken das Sagen, sie haben ihre eigene Volksrepublik proklamiert, die von Luhansk ausgerufenen erkennen sie nicht an. Das Gebiet sei „historischer Boden der Don-Kosaken“, die hier schon im 15. Jahrhundert gelebt hätten. Nicht die „Luhansker Volksrepublik“ sei zuerst da gewesen, sondern sie, die Kosaken, sagt ihr Oberhaupt, Ataman Nikolaj Kosizyn. In Stachanow hat er General Drjomow als Statthalter eingesetzt. Nach dessen Angaben halten die Kosaken im Gebiet von Luhansk „72 Prozent der Front gegen das Kiewer Regime“.

Die Don-Kosaken haben also mitten in der umstrittenen „Luhansker Volksrepublik“ ihre eigene umstrittene Republik gegründet. Damit sind sie nicht nur ein Problem für Kiew und für die von Moskau unterstützten Separatisten – sie sind ein Problem für Russland selbst. Denn die Kosaken und andere selbstständig agierende Feldkommandeure haben die Region inzwischen unregierbar gemacht. Ihre Kämpfer plündern, in vielen Orten herrscht Anarchie, vor allem aber lehnen die abtrünnigen Separatisten einen Frieden mit dem Rest der Ukraine ab. Sie kämpfen weiter für die Gründung eines unabhängigen „Neu-Russlands“, das bis nach Charkiw und Odessa reichen soll.



So hat es die „Luhansker Volksrepublik“ nicht nur mit den aufsässigen Kosaken von Stachanow zu tun. In der Industriestadt Altschewsk haben sich gleich vier Bataillonskommandeure selbstständig gemacht und tun, was sie wollen. In der „Volksrepublik Donezk“ wiederum hat ein Separatistenführer unweit der Gebietshauptstadt die „Gorlowker Volksrepublik“ ausgerufen. Und auch in Donezk selbst sind die Machtverhältnisse ungeklärt.

Der Kreml muss nun fürchten, dass die selbst ernannten Rebellen die Ostukraine endgültig ins Chaos treiben – und er die Kontrolle über Teile der Separatistengebiete verliert. Doch dann könnte Moskau sie nicht mehr als Hebel gegen Kiew benutzen. Um das zu verhindern, hat der Kreml Emissäre entsandt, die allzu eigensinnige Separatisten zur Raison bringen sollen. Durch Zureden, mit Geld oder notfalls mit Gewalt. Die Aktion leitet laut der Moskauer Zeitung *Nowaja gaseta* ein General der russischen Armee.

Bereits mehrere Separatistenführer wurden aus dem Verkehr gezogen: Igor Strelkow, früherer „Verteidigungsminister“ und größter Scharfmacher der „Donezker Volksrepublik“, wurde nach Moskau ab-

berufen, der Chef der „Gorlowker Volksrepublik“ auf die Krim geschickt. Auch Kosakenoberhaupt Ataman Kosizyn, der im Sommer OSZE-Beobachter als Geiseln genommen hatte, verschwand vor einigen Tagen – und tauchte dann im russischen Nowotscherkassk wieder auf. Und in der Nacht zum 28. November erschossen vier schwer bewaffnete Männer aus Luhansk in dem Städtchen Antrazyt, unweit von Stachanow, den örtlichen Kosakenführer sowie dessen Stellvertreter.

„Es waren Leute vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB“, sagt Kommandeur Sergej Bondarenko, der die Angreifer festgenommen hat. Er habe bei ihnen russische Armeedokumente gefunden, denen zufolge sie einer Spezialeinheit namens „Kaukas“ (Kaukasus) angehörten. Der Polizeichef der Stadt kündigte eine Untersuchung an, aber vor einigen Tagen wurden die Verhafteten heimlich aus der Stadt geschafft. Bondarenko hatte gerade Besuch von einem Vertreter des FSB, das Gespräch hat lange gedauert. Einzelheiten will Bondarenko nicht nennen, doch es ging wohl darum, dass sich die Kosaken endlich Luhansk unterstellen.

In Stachanow sind sie noch nicht so weit, dort leisten die Männer mit den schwarz-roten Papachi, den traditionellen Kosakenmützen, den Machthabern in Luhansk weiterhin Widerstand. Die Frage ist allerdings, wie lange sie noch geduldet werden, nicht nur von Moskau, sondern vor allem von der örtlichen Bevölkerung. Denn die Kosakenführer haben nichts, womit sie ihre kleine Republik am Leben halten könnten.

In Perwomajsk, nördlich von Stachanow gelegen, ist am Tag zuvor eine Granatensalve der Ukrainer eingeschlagen, die Stellungen der ukrainischen Armee sind nur drei Kilometer entfernt. In der Straße des „40. Jahrestages des Sieges“ sind sie gerade dabei, die Toten zu bergen, eine Frau und ihre Tochter. Die beiden saßen vor dem Fernseher, als eine Rakete die Hauswand auf Höhe der dritten Etage wegriss.

Das Heizwerk gegenüber wurde vor zwei Tagen von Granaten beschädigt. Die kleine Schuhfabrik dahinter ist ausgebrannt, ebenso die neue Baptistenkirche. Der Kindergarten wurde getroffen, kaum ein Plattenbau ist unversehrt, mehrere kleine Einfamilienhäuser sind eingestürzt, bei einem brennt gerade der Dachstuhl ab. Strom gibt es nur, weil die Kosaken die Leitungen jeden Tag aufs Neue flicken. Fließendes Wasser gibt es kaum, alle Läden sind geschlossen.

Die Führung der Volksrepublik lasse absichtlich keine Hilfspakete zu den Kosaken nach Stachanow durch. „Sie wollen uns hier weghaben, wir stören sie“, sagt Kosakenkommandant Jewgenij Ischtschenko und droht: „Wir können unsere Waffen



Rentner vor der Stachanower Hauptpost: „Geld aus Russland“

ganz leicht auch in die andere Richtung drehen – in Richtung Luhansk!“

Zur gleichen Zeit sitzt General Drjomow im Studio des örtlichen Fernsehsenders und muss Fragen beantworten, die er nicht beantworten kann. Wo seien die umgerechnet 500 000 Euro geblieben, von der Führung der „Luhansker Volksrepublik“ nach Stachanow überwiesen, damit endlich Renten an die 76 000 Pensionäre des Gebiets gezahlt werden können? Er wisse nichts von diesem Geld, sagt Drjomow.

Und wo seien die Hilfsgüter des achten humanitären Konvois aus Russland geblieben? „Auch von denen habe ich nichts gesehen“, sagt der General. Dann fragt er wütend zurück: „Wo ist denn dieser neue Staat, wann beginnt er zu arbeiten? Ohne uns Kosaken könnte er nicht mal sein eigenes Territorium verteidigen.“ Es ist offensichtlich, dass Luhansk keine Lieferun-

gen mehr nach Stachanow durchlässt, weil es den Kosaken nicht traut. Sie würden sich der Kohle bemächtigen, die in den Bergwerken der Gegend gefördert wird, so heißt es, deren Abtransport in den feindlichen Teil der Ukraine organisieren und abkassieren.

Fragt man den Kosakengeneral Drjomow danach, wird er laut. Es sei genau andersherum, poltert er: Die Führung der „Luhansker Volksrepublik“ würde Schwarzhandel mit dem Feind betreiben, um so an dringend benötigtes Geld zu kommen. Jede Nacht würden über den Eisenbahnknotenpunkt Frunse Züge mit Steinkohle und Metall ans Schwarze Meer fahren. „Dort wird die Fracht verladen und per Schiff nach Odessa gebracht, wo sie als Import aus Südafrika deklariert und nach Kiew geschafft wird“, sagt der Kosakengeneral. „Ich habe den Eindruck, dass unser Volk ausgeplündert wird.“

Wer vermag schon zu sagen, wo in diesem Konflikt die Trennlinie zwischen Wahrheit und Lüge verläuft? Schließlich ist auch der von Moskau gestützte und jüngst vom Volk „gewählte“ Chef der „Luhansker Volksrepublik“ kein unbeschriebenes Blatt. Er war Offizier der Sowjetarmee, dann Geschäftsmann, im Frühjahr besetzte er mit seinem „Volksbefreiungsbataillon Sarja“ (Morgenröte) Luhansk. Später hat er den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko „nach altem slawischem Brauch“ zum Duell gefordert – um auf diese Weise den Krieg zu beenden.

All das jedoch ist den Einwohnern von Stachanow egal, sie sind am Ende ihrer Kräfte. Was die Separatisten angerichtet haben, kann man beobachten, wenn sich morgens um neun die Türen der Hauptpost an der Dscherschinski-Straße öffnen. Seit Anfang Dezember wird hier wenigstens ein Teil der seit Monaten überfälligen Renten an die Bewohner von Stachanow ausgezahlt. Alte Frauen und Männer prügeln und drängeln, um in die Post vorgelassen zu werden, sie weinen, brüllen, schreien. Es sind Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und seit Sommer vom Ersparten leben. Die sich die immer teureren Lebensmittel nicht mehr leisten können und jetzt tagelang in Kälte und Schnee vor der Post ausharren, weil das ausgezahlte Geld oft nur bis Mittag reicht.

„Ich kann Ihnen ganz offen sagen: Es ist russisches Geld, das da ausgezahlt wird“, sagt Sergej Schewlakow, der Bürgermeister, der im Haus gegenüber sitzt. „Dafür bin ich Wladimir Putin sehr, sehr dankbar.“ Denn Kiew habe die Banken geschlossen und die Geldautomaten abgestellt. Der Stadt gehe es dreckig, sagt der Bürgermeister, der von den Kosaken eingesetzt wurde: „Die Waggonfabrik und das Stahlwerk arbeiten nicht mehr, die Bergwerke sind zu, fast die Hälfte aller Ärzte ist geflohen.“

Warum er nicht ebenfalls gegangen sei? „Ich bin ein Patriot dieser Stadt, ich kann hier nicht weg“, sagt Schewlakow. Es könnte aber auch daran liegen, dass er ein Hotel, ein Restaurant und ein Freizeitzentrum in der Stadt besitzt – Immobilien, die in Kriegswirren leicht beschlagnahmt werden könnten. Seine Gattin und die zwei Kinder hat der Bürgermeister zu Freunden in die USA geschickt; er weiß um die Zerbrechlichkeit der Stachanower Kosakenrepublik.

Genau wie General Drjomow. Ja, sagt er, Kommandeure wie er würden jetzt aus dem Weg geräumt, weil deren Träume nicht allen gefallen würden. In einem Punkt hat Moskau sich gegen die kriegswütigen Kosaken bereits durchgesetzt: Am Freitagabend vergangener Woche hielt der Waffenstillstand noch.

Aber „das Volk“, sagt der General, könne man nicht besiegen. „Wir geben das Projekt Neu-Russland nicht auf. Es bleibt in unseren Köpfen.“

Moritz Gathmann, Christian Neef



Kosakengeneral Drjomow
„Unser Volk wird ausgeplündert“

Geheimsache Chodorkowski

Russland Warum ließ Wladimir Putin seinen Erzfeind frei? Ein vertraulicher Brief Hans-Dietrich Genschers an den Kremlchef gibt einen Einblick in die Motive.

Erst als die Cessna mit Putins berühmtestem Gefangenen den russischen Luftraum verließ, machte sich bei Anton Drel Erleichterung breit. Immer wieder hatte der Anwalt zuvor nervös auf sein Smartphone geschaut, mit einer App verfolgte er den Flug der Maschine, die Michail Chodorkowski nach zehn Jahren russischer Haft nach Deutschland bringen sollte. Neben dem Anwalt warteten an diesem 20. Dezember 2013 auf dem Berliner Flughafen Schönefeld der frühere deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher und der Russland-Experte Alexander Rahr.

Es war der letzte Akt einer zweieinhalb Jahre dauernden diplomatischen Geheimoperation. So lange hatten die drei Männer um die Freilassung des ehemaligen Ölmagnaten Michail Chodorkowski gerungen. Nicht einmal Chodorkowskis Ehefrau Inna, seine todkranke Mutter oder sein Vater wussten Bescheid. Auch seine Moskauer Rechtsanwältinnen waren nicht eingeweiht.

Doch nun, in diesen letzten Stunden, lagen die Nerven noch einmal blank. Drel fürchtete die Entschlossenheit der Kreml-Hardliner, die Chodorkowski am liebsten lebenslang wegsperren würden, weil sie von der Zerschlagung seines Ölimperiums profitiert hatten. Drel traute ihnen alles zu: ein Attentat während der dreistündigen Autofahrt von der Strafkolonie Nr. 7 in Segescha zum Flughafen der Provinzhauptstadt Petrosawodsk – oder den Versuch, das Flugzeug am Verlassen des russischen Luftraums zu hindern. Doch nichts geschah.

Ein Jahr liegt Michail Chodorkowskis Flug in die Freiheit nun zurück. Und doch blieb die entscheidende Frage bislang unbeantwortet: Warum ließ Präsident Wladimir Putin seinen Erzfeind frei?

Gespräche mit den Beteiligten erlauben eine Rekonstruktion dieses Glanzstücks deutscher Geheimdiplomatie. Im Mittelpunkt steht ein vertraulicher Brief, den Genscher im Herbst 2013 an Putin schrieb. Er ermöglicht Rückschlüsse auf die Motive des Kremlchefs: Putin hoffte darauf, das Image Russlands und vor allem die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. Erstmals traf sich Genscher am 17. Mai 2011 mit Drel, Rahr und einer Chodorkowski-Anwältin in

FOTO: DMITRY BELAKOV / DER SPIEGEL